

# **JOURNAL FÜR ENTWICKLUNGSPOLITIK**

vol. XXXVI 2-2020

## **VENEZUELA: UTOPIEN UND KRISEN**

Schwerpunktredaktion: Jonathan Scalet, Lukas Schmidt

Published by:  
Mattersburger Kreis für Entwicklungspolitik  
an den österreichischen Universitäten

## **Inhalt**

- 4 JONATHAN SCALET, LUKAS SCHMIDT  
Venezuela: Utopien und Krisen
- 29 STEFAN PETERS  
Zur Politischen Ökonomie von Rentengesellschaften:  
Die Bolivarianische Revolution in Venezuela
- 55 MARGARITA LANGTHALER  
Bildung und Gegenhegemonie in peripheren  
Transformationsprozessen: Das Beispiel der bolivarianischen  
Bildungspolitik in Venezuela

### *Essays*

- 82 MARTHA LÍA GRAJALES  
Populäre Macht in Venezuela
- 92 REINALDO ITURRIZA LÓPEZ  
Der Einbruch des anderen Venezuela:  
Zu den historischen Ursprüngen des Chavismus
- 108 MANUEL AZUAJE REVERÓN  
Konservatives Zaumzeug im Ursprung der Bolivarianischen  
Revolution: Vom libertären Aufstand zum ‚Weg über die Wahlen‘

### *Digital*

- GERARDO ROJAS  
Zwischen demokratischem Sozialismus und Bürokratisierung:  
Zur Lage des Chavismus am Beginn des neuen Jahrzehnts
- 121 SchwerpunktredakteurInnen und AutorInnen
- 125 Impressum

**STEFAN PETERS**

**Zur Politischen Ökonomie von Rentengesellschaften: Die Bolivarianische Revolution in Venezuela<sup>1</sup>**

*ABSTRACT Die Bolivarianische Revolution in Venezuela ist gescheitert und das Land steckt in der tiefsten Krise seiner Geschichte. Der Artikel diskutiert aktuelle entwicklungsökonomische Ansätze zum Thema Rohstoffe und Entwicklung und plädiert für eine Neuausrichtung der Forschung. Hierfür wird ein Ansatz zur Analyse von Rentengesellschaften präsentiert. Auf dieser Basis analysiert der Beitrag die Herausbildung rentengesellschaftlicher Strukturen in Venezuela und deren Kontinuitäten im bolivarianischen Transformationsprozess. Die Krise muss – so die These – als ein Ausdruck des fortwährenden Rentismus verstanden werden.*

*KEYWORDS Venezuela, Rententheorie, Sozialismus, Ungleichheit, Lateinamerika*

Die Bolivarianische Revolution in Venezuela ist zweifellos gescheitert. Das Bruttoinlandsprodukt des Landes ist nach offiziellen Angaben der venezolanischen Zentralbank zwischen Ende 2014 und Ende 2018 um 55 Prozent zurückgegangen (Banco Central de Venezuela 2020), die Produktion liegt am Boden. Angesichts der grassierenden Inflation werden viele Waren des täglichen Bedarfs nur noch in Devisen gehandelt. Auch die soziale Situation ist katastrophal: Die monatlichen Reallöhne sind in der Regel auf niedrige zweistellige Dollarbeträge zusammenschmolzen (Sutherland 2020; van Roekel/de Theije 2020). Die Armutszahlen erreichen Rekordniveaus, und laut Angaben der Internationalen Organisation für Migration (IOM 2019) sind bis Oktober 2019 ca. 4,5 Millionen meist junge und zunehmend verarmte Venezolaner\_innen auf der Suche nach

einem Auskommen für sich und ihre Familien in die südamerikanischen Nachbarländer ausgewandert. Kurz: Venezuela erlebt die tiefste Krise in der Geschichte des Landes.

Oft werden die Gründe für den Niedergang des einstigen Hoffnungsträgers der lateinamerikanischen und internationalen Linken – je nach politischer Positionierung – entweder in einem vermeintlich vorprogrammierten Scheitern sozialistischer Transformationsprojekte oder in einem Wirtschaftskrieg der USA und ihrer venezolanischen und internationalen Verbündeten sowie deren imperialen Interessen an den venezolanischen Erdölreserven gesucht (González/Borón 2019; Hidalgo 2019). Der vorliegende Artikel wendet sich gegen beide Erklärungen und setzt den Fokus auf eine Analyse der fortwährenden politökonomischen Tiefenströmungen der venezolanischen Rentengesellschaft.

Ohne den Einfluss exogener Faktoren zu negieren, liegt der Fokus auf den binnengesellschaftlichen Konfigurationen und mithin auf der Analyse struktureller endogener Faktoren zur Erklärung des Scheiterns der Bolivarianischen Revolution. Der Artikel nimmt hierfür jüngere Hinweise auf das Desiderat einer Weiterentwicklung rententheoretischer Forschungen auf (Harvey 2010: 183) und wendet sich gegen die Fokussierung des *Mainstreams* der Debatte um Rohstoffe, Renteneinnahmen und Entwicklung auf die Dichotomie *resource curse vs. resource blessing*. Demgegenüber wird für die Einnahme einer soziologisch erweiterten rententheoretischen Analyse plädiert. Diese wird mit Venezuela auf den paradigmatischen Fall eines Landes, das seit etwa einhundert Jahren durch den Zufluss von Renteneinnahmen aus dem Erdölexport geprägt und durch die aktuelle Krise von besonderer Relevanz ist, angewendet.

## **1. Entwicklungstheoretische Perspektiven auf Rohstoffe und Entwicklung**

Ein großer Teil der Volkswirtschaften des Globalen Südens ist abhängig von der Extraktion und dem Export von Rohstoffen (Peters 2019: 17f.). Rohstoffstaaten basieren ökonomisch meist zu einem beträchtlichen Teil auf Renteneinnahmen. Diese entstehen durch politisch abgesicherte Monopole und können als „payment that recognizes mere ownership“

definiert werden (Sorensen 1996: 1337; siehe auch Andreucci et al. 2017; Vergara-Camus/Kay 2017). Renteneinnahmen fußen nicht auf Arbeits- oder Investitionsleistungen des Empfängers und stehen diesem deshalb zur freien Verfügung. Der Rentencharakter entbindet vom kapitalistischen Strukturzwang der Verwertung von Wert durch Arbeit sowie der kontinuierlichen Reinvestition von Gewinnen bei Strafe des Untergangs in der kapitalistischen Konkurrenz. Die Besonderheit der Renteneinnahmen ermöglicht es dem Rentier vielmehr, die Entscheidung über deren Verwendung nicht nach ökonomischen, sondern nach sozialen und/oder politischen Kriterien zu treffen.

Der Fokus der entwicklungstheoretischen Debatten zu Rohstoffen und Entwicklung lag bisher meist auf den wirtschaftlichen und politischen Konsequenzen von Rohstoffabhängigkeit bzw. Rohstoffreichtum. In der Regel dienen dabei westliche Kategorien als Bewertungsmaßstab, während die Charakteristika von Rentenökonomien oder Rentier-Staaten dementsprechend als Abweichungen oder Deformationen interpretiert werden (Beblawi/Luciani 1987; Yates 1996). Jüngere Diskussionen rekurrieren vermehrt auf quantitative Methoden und widmen sich der Fragestellung, ob Rohstoffe notwendig einen entwicklungspolitischen Fluch (*resource curse*) darstellen oder ihnen entwicklungsförderndes Potenzial (*resource blessing*) zugesprochen werden kann (Ross 2012; Menaldo 2016). Theoretisch sind dabei einerseits neoklassische und andererseits institutionalistische Ansätze dominierend. Beiden ist gemein, dass sie in der Regel einem eurozentrischen und normativen *bias* verhaftet bleiben. Die Ergebnisse der Rohstoffstaaten werden mit denen der ‚entwickelten‘ Staaten des Globalen Nordens verglichen, um auf diese Weise Defizite zu vermessen und einen Rohstofffluch oder einen Rohstoffsegen belegen zu können. Trotz reger Forschungstätigkeit bleiben die Unsicherheiten der Wissenschaft jedoch frappierend. Selbst bei Engführung des Entwicklungsbegriffs auf Wirtschaftswachstum kamen Havranek et al. (2016) in einer aktuellen Meta-studie zu einem ebenso aufschlussreichen wie für die entwicklungspolitische Beratung ernüchternden Ergebnis: Von 605 Regressionsanalysen zum Thema fanden 40 Prozent einen negativen, 20 Prozent einen positiven und weitere 40 Prozent keinen Zusammenhang zwischen Rohstofforientierung und Wirtschaftswachstum.

Problematisch ist der Fokus auf die Dichotomie *resource curse vs. resource blessing* vor allem aufgrund der Priorisierung der Suche nach „sweeping, law-like statements“ (Haber/Menaldo 2011: 25) über die entwicklungs-politischen Effekte der wirtschaftlichen Rohstoffabhängigkeit mittels entwicklungsökonomischer Ansätze und der damit verbundenen Vorliebe für Regressionsanalysen. Dies ermöglicht zwar schlanke Forschungsdesigns, vergibt jedoch das Potenzial, die Besonderheiten von Rohstoffstaaten und die Konsequenzen der Rentenabhängigkeit angemessen zu theoretisieren und empirisch zu erfassen. Dies ist nicht nur wissenschaftlich unbefriedigend, sondern führt auch immer wieder zu wenig passgenauen Politikempfehlungen – Stärkung des Institutionengefüges, Bekämpfung von Korruption, *rent-seeking*, Klientelismus und Nepotismus oder die Förderung von Effizienz und Transparenz –, die sich im Praxistest in der Regel als wenig hilfreich erweisen. Wenn daraus folgende Fehlschläge von Entwicklungsorganisationen mit der mangelnden „Fähigkeit und Bereitschaft, natürliche Ressourcen nachhaltig und im Sinne des Wohles aller zu nutzen“ (BMZ 2010: 3) erklärt werden, zeigt dies, dass es an einem vertieften Verständnis der Dynamiken von Rohstoffstaaten mangelt. Schärfer formuliert kann argumentiert werden, dass die Entwicklungs-politik oft frei nach Hegels Aphorismus agiert und den Rohstoffstaaten vorwirft, nicht mit den eurozentrischen Theorieannahmen der Praxisempfehlungen übereinzustimmen, anstatt die rentengesellschaftlichen Besonderheiten neugierig zu erforschen.

Genau dies strebt der hier vorgeschlagene alternative Ansatz zur Erforschung von Rentengesellschaften an (Peters 2019). Rentengesellschaften sind soziale Formationen (auf lokaler, regionaler oder nationaler Ebene), die seit mehreren Dekaden durch substantielle Rentenzuflüsse geprägt werden. Dabei wird angenommen, dass die Renteneinnahmen die Wirtschaft, Gesellschaft und Politik durchdringen und dadurch partikulare gesellschaftliche Konfigurationen ausbilden, die mit den herkömmlichen, am okzidental Modell geschärften Kategorien nicht adäquat erfasst werden können. Dies impliziert *erstens* anzuerkennen, dass die wirtschaftlichen, sozialen und politischen Entwicklungsdynamiken in Rohstoffländern nicht notwendig besser oder schlechter, wohl aber anders als im Globalen Norden verlaufen. Dies liegt in den Besonderheiten der

Renteneinnahmen begründet. Für kapitalistische Gesellschaften zentrale Logiken sind in Rentengesellschaften zumindest partiell außer Kraft gesetzt (Coronil 2008). Die Renteneinnahmen ermöglichen es, ökonomischen Effizienzkriterien bei der Rentenverwendung gegenüber politischen und/oder sozialen Gesichtspunkten eine untergeordnete Bedeutung zuzuweisen. Folglich können risikobehaftete Investitionen zur Steigerung der wirtschaftlichen Produktivität und Effizienz gegenüber der Pflege guter Beziehungen zu den staatlichen Futtertrögen der Rentenverteilung ebenso vernachlässigt werden wie ein protestantisches Arbeitsethos à la Weber. Die materielle Grundlage von Rentengesellschaften basiert schließlich nicht auf der Verwertung von Wert durch Arbeit, sondern auf dem „Export von Natur“ (Coronil 1997). *Zweitens* möchte der hier vertretene Ansatz zur Erforschung der Rentengesellschaften dem tendenziell apolitischen Fokus der entwicklungsökonomischen Forschungen zum Fluch bzw. Segen der Rohstoffausrichtung eine politökonomische Perspektive auf die Gewinner\_innen und Verlierer\_innen des Prozesses der Aneignung und Verteilung der Renteneinnahmen entgegenstellen.<sup>2</sup> *Drittens* gilt es, die sozialen und soziokulturellen Besonderheiten von Rentengesellschaften in den Blick zu nehmen, ohne in moralische Kategorien zu verfallen. Oft wird abwertend von einer Rentiersmentalität oder Rentenkultur gesprochen, die als „break in the work-reward causation“ (Beblawi 1987: 52) oder als „culture of easy life, consumerism, and therefore self-centredness“ (Hafez 2009: 466) beschrieben wird. Teilweise können diese Phänomene auch auf Basis von Umfragedaten nachgewiesen werden (für die arabische Halbinsel: Hertog 2020). Bei der Einordnung dieser Beobachtungen und Forschungsergebnisse gilt es gleichwohl, nicht der Versuchung zur Moralisierung oder Kulturalisierung politökonomischer Zusammenhänge zu verfallen. Vielmehr besteht die Herausforderung gerade darin, die Konsequenzen der langjährigen Rentenabhängigkeit für die Herausbildung partikularer Gesellschaftsformationen und habitueller Prägungen zu verstehen, die sich tief in die „mental Infrastrukturen“ (Welzer 2011) von Rentengesellschaften einschreiben und quasinaturalisierte Ansprüche auf Beteiligung an der Rentenverteilung seitens der Bevölkerung hervorbringen.<sup>3</sup> Auf der Basis dieser Vorüberlegungen wird im Folgenden die Politische Ökonomie Venezuelas mit Fokus auf die Bolivarianische Revolution analysiert.

## 2. Venezuela im 20. Jahrhundert: Aufstieg und Fall einer Rentengesellschaft

Anfang des 20. Jahrhunderts war Venezuela ein lateinamerikanisches Armenhaus. Doch mit dem Beginn des Erdölexportes wandelte sich Venezuela ab den 1920er Jahren von einem Land an der Peripherie der Peripherie in eine boomende Rentengesellschaft. Im Jahr 1926 überstiegen die Einnahmen aus dem Erdölgeschäft erstmals jene der traditionellen Exportgüter Kaffee und Kakao, und schon 1928 wurde Venezuela zum zweitgrößten Erdölexporteur der Welt (Tinker Salas 2015: 62). Anfangs profitierten primär die Zirkel der Macht von den sprudelnden Erdöl-einnahmen. Soziale Entwicklung oder eine wirtschaftliche Diversifizierung standen zunächst nicht auf der politischen Agenda. Dies änderte sich, als der junge Intellektuelle Arturo Uslar Prieti im Juli 1936 einen für die weitere Debatte richtungsweisenden Meinungsartikel mit dem Titel *Sembrar el petróleo* (deutsch: Das Erdöl säen) veröffentlichte. Darin forderte er, die Einnahmen aus dem florierenden Erdölgeschäft zur Förderung der produktiven Wirtschaft einzusetzen und auf diese Weise die Grundlage für eine Reduzierung der Abhängigkeit von dem endlichen Rohstoff zu schaffen. Die griffige Formel „*sembrar el petróleo*“ avancierte bald zu einem zentralen Referenzpunkt der wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Debatten in Venezuela (Baptista/Mommer 1987; Quintero 2014). Hinter der weit verbreiteten Zustimmung zur Formel verbergen sich gleichwohl unterschiedliche Ansatzpunkte mit jeweils konkurrierenden Strategien. Einerseits zielt die Strategie auf die Maximierung der staatlichen Erdöl-einnahmen. Dies kann sowohl durch eine Politik zur Erhöhung der staatlichen Renteneinnahmen pro Barrel als auch mittels der Ausweitung des Fördervolumens erreicht werden. Andererseits zielt die Formel auf die Diversifizierung der Wirtschafts- und Exportstruktur. Der konkrete Weg dorthin ist ebenfalls umstritten. Uslar Prieti favorisierte die Investition in den Aufbau industrieller Kapazitäten und die Kapitalisierung der Landwirtschaft, während der zweimalige Präsident Rómulo Betancourt und der Gründungsvater der OPEC Juan Pablo Pérez Alfonzo auch Maßnahmen zur Förderung sozialer Entwicklung (Bildung, Gesundheit) und Politiken zur Reduzierung der Ungleichheiten einschlossen. Damit verbunden waren auch Diskussionen zur Ausräumung der Rolle von Staat und Markt



(Baptista/Mommer 1987). Gemeinsam ist den Ansätzen jeweils, dass sie die Überwindung des Rentismus, eine Modernisierung von Wirtschaft und Gesellschaft sowie die Förderung (meist) kapitalistischen Wachstums anstrebten.

Die Formel „*sembrar el petróleo*“ wurde schon bald in die praktische Politik getragen. Einerseits konnte der Staat sich mit der Verabschiedung eines neuen Erdölgesetzes (1943) sowie mit der Institutionalisierung des sogenannten *fifty-fifty* im Jahr 1948 eine höhere Beteiligung an den Erdöleinnahmen sichern (España/Manzano 2003). Andererseits übernahm der Staat ab den 1940/1950er Jahren zunehmend die Rolle des zentralen Entwicklungsagenten. Zunächst standen vor allem Modernisierungs- und Infrastrukturprojekte im Fokus, aber bald wurden die staatlichen Anstrengungen auch auf die Expansion sozialpolitischer Leistungen und den Aufbau industrieller Kapazitäten ausgeweitet (Sonntag/de la Cruz 1981). Der Erdöllexport förderte so Wirtschaftswachstum, eine beschleunigte Urbanisierung, breite Möglichkeiten der sozialen Aufwärtsmobilität und beachtliche soziale Entwicklungserfolge. Hiervon profitierte vor allem das urbane Venezuela, während die Landwirtschaft und das rurale Venezuela an Bedeutung verloren (Rangel 1977: 70). Die rasante Entwicklung wurde zudem im Jahr 1958 mit einer politischen Transition zu einer liberal-repräsentativen Demokratie verbunden und festigte den Ausnahmestatus Venezuelas als „privileged Third-World nation“ (Ellner/Tinker Salas 2007: 3).

Die Grundlage der entwicklungspolitischen Erfolge waren die Erdöleinnahmen und deren Verteilung durch den Staat, der seine finanzielle Befreiheit nach der Verstaatlichung der Erdölwirtschaft im Jahr 1976 noch einmal ausweiten konnte. Im Zusammenspiel mit dem starken Anstieg der Erdölpreise in den 1970er Jahren waren die Staatskassen prall gefüllt und sämtliche entwicklungspolitischen Limitierungen schienen pulverisiert. Unter dem Präsidenten Carlos Andrés Pérez wurde der Staat zum allmächtigen Entwicklungsagenten mit geradezu magischen Fähigkeiten (Coronil 1997). Ein zentrales Ziel bestand in der Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung des Landes. Tatsächlich gab es dank massiver Subventionierung durch die Renteneinnahmen, verbilligter Kredite und staatlicher Protektion Erfolge beim Aufbau von Produktionskapazitäten. Im Boom stieg die Industrieproduktion. Allerdings gelang es nicht, die Industrie auf eine robuste Basis zu stellen. Die Überbewertung der Landeswährung

wirkte vielmehr zusammen mit der Vernachlässigung von Produktivitätssteigerung einem selbsttragenden Wirtschaftswachstum entgegen. Die Industrie hing somit stets am Tropf der Rohstoffeinnahmen. Sie stützte sich auf die Abschöpfung von Renteneinnahmen und konnte auf diese Weise kapitalistische Effizienzkriterien vernachlässigen. Andreas Boeckh (1988: 640) hat diesen Umstand wie folgt charakterisiert:

„Der Umfang staatlicher Transferleistungen an den privaten Sektor [...] ist derart, daß der Eindruck entstehen konnte, es gehe dem Unternehmen nicht, wie in kapitalistischen Verhältnissen üblich, um Kapitalakkumulation mittels Warenproduktion, sondern daß letztere nur ein Vorwand sei, um an der Verteilung der staatlichen Rente beteiligt zu werden.“

Die Auswahlkriterien für die Vergabe staatlicher Unterstützung waren eher politischer und/oder sozialer denn wirtschaftlicher Natur und wirkten sich entsprechend negativ auf die volkswirtschaftliche Effizienz aus. Dies als politisches Versagen zu interpretieren, setzt voraus, dass ökonomische Effizienz tatsächlich das wirtschaftspolitische Leitmotiv ist. Gerade in Rentengesellschaften ist dies aber zumindest diskutabel. Schließlich entbinden die Renteneinnahmen den Staat von der Erfordernis, wirtschaftspolitische Entscheidungen nach lästigen Effizienzkriterien zu treffen. Genau hierin liegt ein zentrales Element für das Verständnis der politischen Ökonomie der venezolanischen Rentengesellschaft (Peters 2019).

Die Analyse der Verteilung der Renteneinnahmen ist ebenfalls von zentraler Bedeutung für das Verständnis der venezolanischen Rentengesellschaft. In der Gesamtschau konnte die Mittel- und Oberschicht einem pompösen und am Luxuskonsum orientierten Lebensstil frönen, die urbane Arbeiterschaft erfreute sich an hohen Reallöhnen und breiten Teilen der Bevölkerung wurde eine reale soziale Aufwärtsmobilität ermöglicht. Hingegen erhielt die marginalisierte Bevölkerung in den urbanen Armenvierteln und auf dem Land allenfalls die Brotkrumen des Erdölbooms. Kurz, die staatliche Rentenverteilung ermöglichte eine kollektive Aufwärtsmobilität und (re-)produzierte gleichzeitig die vorhandenen Ungleichheitsstrukturen (Chossudovsky 1977). Die Basis für die wirtschaftlichen und sozialen Verbesserungen war die Verteilung der Renteneinnahmen. Dies geschah über die Subventionierung von Grundnah-

rungsmitteln, Energie und Treibstoff, die Expansion der Sozialpolitik, die – meist klientelistisch organisierte – Ausweitung der Beschäftigung im öffentlichen Sektor und die Privilegierung des Militärs. Neben diesen sichtbaren Mechanismen der Rentenverteilung stellten die Überbewertung der Landeswährung sowie die notorische Unterbesteuerung der Bevölkerung versteckte Formen der Rentenverteilung dar. Schließlich versickerte ein Teil der Renteneinnahmen im Sumpf der Korruption und wurde oft auf ausländische Konten transferiert (Karl 1997; Buxton 2019). Die rapide Urbanisierung sowie der Fokus auf die Aneignung und Verteilung der Renteneinnahmen haben einen breiten Handels- und Dienstleistungssektor sowie eine vergleichsweise große Mittelschicht geschaffen. Die Renteneinnahmen ermöglichten eine hohe Import- und Konsumkapazität, und im Kontext der relativen Prosperität verbreitete sich ein konsumorientierter Lebensstil mit Vorliebe für hochwertige Importprodukte (Briceño-León 1990; Quintero 2014). In der Boomphase entstand ein kollektives Bewusstsein eines qua Geburt gewährten Rechts auf materielle Verbesserungen, die sich aus der Einforderung quasinaturalisierter Ansprüche auf einen Teil der Renteneinnahmen speisten. Dies manifestierte sich paradigmatisch in der starken Subventionierung von Treibstoff sowie in einem weitgehenden Verzicht auf eine nennenswerte direkte Besteuerung der Mittel- und Oberschichten (Karl 1997: 172; Bautista Urbaneja 2013).

Dieser quasinaturalisierte Anspruch auf materielle Verbesserungen wurde im Zuge des Einbruchs der Erdölpreise zu Beginn der 1980er Jahre massiv erschüttert. Während des Booms wurden kaum Rücklagen gebildet, die den Absturz hätten abfedern können. Die Strategie der Eindämmung der sozialen Gegensätze durch die Renteneinnahmen erreichte ihre Grenzen, und Venezuela geriet in eine tiefe Krise, die mit einer wirtschaftspolitischen Kehrtwende einherging: *Sembrar el petróleo* wurde nun als Maximierung der Fördermengen verstanden. Der staatliche Erdölkonzern sollte modernisiert und marktwirtschaftlich ausgerichtet werden. Die Krise und der Rückzug des Staates ließen Armut, Arbeitslosigkeit und soziale Ungleichheiten massiv ansteigen. Die neoliberalen Maßnahmen der Regierung führten im Februar 1989 zu einem Volksaufstand (*Caracazo*), der brutal niedergeschlagen wurde und mindestens 400 Todesopfer forderte. Der *Caracazo* beerdigte den Mythos der Ausnahmestellung Venezuelas als prosperierende und vergleichsweise harmo-

nische Demokratie in Lateinamerika (Ellner/Tinker Salas 2007). Auch in den kommenden Jahren konnte die wirtschaftliche und soziale Krise nicht überwunden werden. Zudem wurde das politische System Venezuelas durch Korruptionsskandale erschüttert und die Glaubwürdigkeit der etablierten Politik erodierte. In diesem Kontext präsentierte sich mit Hugo Chávez ein gescheiterter Ex-Putschist und politischer *Outsider* mit einem Programm, das die soziale Frage mit nationalistischer Politik verband, als echte Alternative zum politischen Establishment. Er gewann die Präsidentschaftswahlen von 1998 mit dem Versprechen auf einen grundlegenden Wandel. Tatsächlich berief Chávez kurz nach Amtsantritt eine verfassungsgebende Versammlung ein. Venezuela beschritt den Weg der Bolivarianischen Revolution und stand bald schon im Zeichen des „Sozialismus des 21. Jahrhunderts“.

### **3. Kontinuität im Wandel: Zur Politischen Ökonomie der Bolivarianischen Revolution in Venezuela**

Der Amtsantritt von Hugo Chávez markierte eine Zäsur in der venezolanischen Geschichte und den Beginn der vieldiskutierten Linkswende in Lateinamerika. Die Schwerpunkte des Regierungsprogramms von Chávez lagen auf der Ablehnung neoliberaler Politikrezepte, der Stärkung der Rolle des Staates in der Wirtschaft, der Bearbeitung der sozialen Frage, Korruptionsbekämpfung sowie der Förderung der Diversifizierung der venezolanischen Wirtschaft. Die ehrgeizigen Entwicklungsziele sollten durch die Einnahmen aus der Extraktion und dem Export von Erdöl finanziert werden. Das chavistische Transformationsprojekt basierte somit auf einer zentralen Kontinuität: dem Rentismus.

Als zentrale Weichenstellung sollte sich zu Beginn der Präsidentschaft von Chávez die Wiedergewinnung der staatlichen Kontrolle über den Erdölkonzern PdVSA herausstellen. Flankiert von Bemühungen zur Reaktivierung der OPEC orientierte sich die venezolanische Politik nun zudem erneut auf Steigerungen der Weltmarktpreise statt des Fördervolumens. Unter dem Einfluss des Erdölexperten Bernard Mommer vollzog Chávez damit eine erdölpolitische Kehrtwende. Dies bedeutete auch, dass die Namen und Gesichter der Gewinner der staatlichen Rentenverteilung

ausgewechselt wurden, was heftige Widerstände der Opposition zur Folge hatte, die auch vor einem – von den USA unterstützten – Putschversuch nicht zurückschreckte. Die Regierung von Chávez konnte den Machtkampf gewinnen und legte damit die Grundlage für das chavistische Transformationsprojekt (Zelik 2011). Der Staat hatte nun den direkten Zugriff auf die Erdöleinnahmen des Staatskonzerns PdVSA und die Regierung konnte bald auch lästige *checks-and-balances* bei der Mittelverwendung aushebeln (Vera 2015).

Im Kontext steigender Weltmarktpreise für Erdöl ab 2003/04 weitete sich der finanzielle Spielraum des venezolanischen Staates sukzessive aus. Die Regierung von Chávez nutzte den beispiellosen Zugriff auf die Renteneinnahmen zur Finanzierung ehrgeiziger Reformvorhaben. Der Staat wurde erneut zum zentralen Entwicklungsakteur und steigerte seine Rolle in der Ökonomie. Der Rohstoffboom ermöglichte zwischen 2003 und 2013/14 das kurze „Goldene Zeitalter des Chavismus“ mit hohen Wachstumsraten und deutlichen sozialen Verbesserungen.<sup>4</sup> Während dieser ersten, erfolgreichen Phase der Bolivarianischen Revolution trug der Staat mit breit ausfinanzierten sozialpolitischen Maßnahmen zur spürbaren Verbesserung der sozialen Situation der historisch benachteiligten Bevölkerungsgruppen in den städtischen Armenvierteln und auf dem Land bei und weitete anfangs auch demokratische Partizipationsmöglichkeiten der Bevölkerung aus (Azzellini 2010; España 2015). Zudem positionierte die Regierung von Chávez Venezuela mit Wucht auf der Bühne der internationalen Politik. Venezuela wurde zum Aushängeschild und Zugpferd der Linkswende in Lateinamerika und engagierte sich in der Finanzierung verschiedener Projekte zur Förderung einer antineoliberalen lateinamerikanischen Integration.

Trotz eines hohen Maßes an wirtschaftspolitischer Diskontinuität zielte auch die Bolivarianische Revolution – zumindest offiziell – auf die Diversifizierung der venezolanischen Wirtschafts- und Exportstruktur. In seinem sonntäglichen Fernsehprogramm *Aló Presidente* eröffnete Chávez im Jahr 2006 den Zuschauer\_innen seine Vision einer erfolgreichen Diversifizierung und Verringerung der Importabhängigkeit:

„Ihr werdet sehen, dass wir jeden Tag häufiger wiederholen werden: ‚Made in Venezuela‘. Ja! Traktoren made in Venezuela, in der Zukunft, Computer made in

Venezuela, Fahrzeuge made in Venezuela etc. Gewehre made in Venezuela! Das ist der Prozess der Befreiung des Vaterlandes, Befreiung mittels Technologie“ (zit. n. Giuseppe Ávalo 2014: 101).<sup>5</sup>

Diese Ankündigung konnte sich jedoch nicht ansatzweise materialisieren. Ebenso wie die Vorgängerregierungen scheiterte der Chavismus beim Versuch, die Erdölabhängigkeit des Landes zu verringern. In der Praxis wurde kaum eine ernsthafte Förderung der Industrialisierung betrieben, und die Unterstützung der ökonomischen Projekte des kommunalen Sektors brachte ebenso wenig Erfolge wie die Umsetzung und breite Ausfinanzierung einer Landreform (Álvarez 2013; Gutiérrez 2015; siehe auch die Essays von Grajales und Rojas in dieser Ausgabe). Die Gründe hierfür sind weder primär im Missmanagement der Regierung noch in der Torpedierung der wirtschaftlichen Transformationsbemühungen durch einen Wirtschaftskrieg seitens der USA und ihrer lokalen Verbündeten zu finden. Vielmehr gilt es den Fokus auf die rentengesellschaftlichen Besonderheiten der venezolanischen Wirtschaft zu legen. Während der Bolivarianischen Revolution reproduzierte sich eine Grundkonstante der Politischen Ökonomie Venezuelas: der Rentismus. Der Erdölboom ermöglichte beachtliche Wachstumsraten. Hiervon profitierten vor allem die Bauwirtschaft, der Handel und der Dienstleistungssektor. Die Landwirtschaft und das produzierende Gewerbe ächzten hingegen unter der – von der Regierung politisch gewollten – Überbewertung der Landeswährung und den damit verbundenen billigen Importprodukten.<sup>6</sup> Die venezolanische Volkswirtschaft und der Konsum der Bevölkerung blieben somit von der Alimentierung durch die Erdöleinnahmen abhängig. Beim Einbruch der Weltmarktpreise für Erdöl erwies sich dies als zentrale Achillesferse des bolivarianischen Projektes. Auch hierin zeigt sich eine Konstante der venezolanischen Wirtschaftspolitik: Der Fokus liegt nicht auf der Steigerung der Arbeitsproduktivität oder der Förderung von Innovationen, sondern auf der Verteilung von Renteneinnahmen nach politischen und/oder sozialen Kriterien (Purcell 2017; Peters 2019).

Zum Verständnis der Politischen Ökonomie der Bolivarianischen Revolution muss sich der Blick folglich primär auf die staatliche Verteilung der Renteneinnahmen richten. Zentrale Bedeutung kommt hierbei dem System unterschiedlicher Wechselkurse zu. Die Einrichtung eines Systems

fester und differenzierter Wechselkurse sollte gezielte Subventionierungen von Importen nach politischen und/oder sozialen Kriterien ermöglichen und darüber bestimmte Wirtschaftssektoren, aber auch die Versorgung der Bevölkerung mit Nahrungs- und Konsummitteln unterstützen. Mittel- und langfristig erwies sich diese Politik als desaströs: Einerseits war es dank der massiven Importsubventionierung stets günstiger, ausländische Güter einzuführen, als diese im Land selbst zu produzieren. Andererseits entwickelte sich das System der Zuweisung vergünstigter Dollar zu einer entscheidenden Stellschraube der Verteilung der Renteneinnahmen, die bald zu einem „Fokus der Korruption“ von beachtlichem Ausmaß anwuchs (Giordani 2014).<sup>7</sup>

Die verbilligten Dollar wurden zur Förderung regierungsnaher Unternehmer\_innen der Staatsklasse<sup>8</sup> und breiter Teile des Militärs eingesetzt und trugen somit maßgeblich zur Entstehung der sogenannten *boliburguesía* bei (Dachevsky/Kornblith 2017; Peters 2019: 333ff). Gleichzeitig profitierten auch etablierte venezolanische Unternehmer\_innen von der Verteilung der Renteneinnahmen qua Zuweisung verbilligter Dollar. Wirtschaftlicher Erfolg basierte „sehr stark auf Beziehungen“<sup>9</sup> zur Regierung bzw. zu den zuständigen Behörden und ermöglichte hohe Gewinnmargen. Zu den Gewinnern des ‚Sozialismus des 21. Jahrhunderts‘ gehörten deshalb politisch nahestehende Unternehmer\_innen bzw. diejenigen Sektoren der traditionellen Eliten, die sich mit dem Chavismus arrangierten. Ein Beispiel von vielen für die Bedeutung guter Kontakte zum Staat ist das Unternehmen *Alimentación Balanceada* (Alibal), das sich auf die Produktion von Nahrungs- und Futtermitteln konzentriert und allein in den ersten neun Monaten des Jahres 2014 knapp 250 Millionen Dollar zu stark vergünstigten Konditionen von der staatlichen Außenhandelsbehörde zugewiesen bekam (CENCOEX 2014). Der Vorsitzende der Firma unterstreicht die Bedeutung der staatlichen Unterstützung für den Erfolg des Unternehmens: „Wenn ich mich beim Staat beschweren würde, wäre ich ein Lügner. [...] Der Staat hat uns die ganze Zeit geholfen, wenn wir ein Problem hatten, haben wir das vorgebracht und uns wurde geholfen“ (zit. n. Leguízamo 2015).

Durchaus überraschend fanden im Zeitraum des Booms auch internationale Fluggesellschaften, Pharma- und Automobilkonzerne günstige Geschäftsbedingungen im Sozialismus des 21. Jahrhunderts vor (siehe

Tabelle 1). Zweifellos wurde ein großer Teil der Vorteile durch die verbilligten Devisen an die venezolanischen Konsument\_innen weitergegeben. Gleichzeitig ermöglichte der Zugriff auf die verbilligten Dollar vielen multinationalen Konzernen im Boom die Expansion auf dem attraktiven venezolanischen Markt und gestattete vielen Unternehmen über legale und illegale Wege die Erzielung ungewöhnlich hoher Gewinnmargen (Sutherland 2016). Dies änderte sich erst am Beginn der Krise. Die Bedingungen für die multinationalen Konzerne verschlechterten sich nun schlagartig, viele verließen das Land, und einige blieben nach der rauschenden Rohstoffparty auf Forderungen an die Regierung sitzen (Nagel 2014).

Die überbewertete Währung eröffnete in Kombination mit Preiskontrollen für Grundnahrungsmittel und Konsumgüter des alltäglichen Bedarfs weitere attraktive Möglichkeiten der privaten Rentenaneignung über illegale Aktivitäten. Dies betraf einerseits den Schmuggel mit subventionierten Lebensmitteln und Treibstoff. Selbst seitens der venezolanischen Regierung werden schwindelerregende Zahlen für das Ausmaß des illegalen Grenzhandels genannt. Der damalige Vorsitzende des Erdölkonzerns PdVSA, Eulogio del Pino, bezifferte den täglichen Treibstoffschmuggel im September 2014 auf 100.000 Barrel, während der damalige Erdölminister Asdrúbal Chávez im selben Jahr den Umfang des Schmuggels auf 2 Milliarden US-Dollar taxierte. Nichtoffizielle Schätzungen gehen gar davon aus, dass der Schmuggel im Boom allein an der venezolanisch-kolumbianischen Grenze pro Jahr einen Umfang von 3,6 Milliarden US-Dollar erreichte und 40 Prozent der venezolanischen Konsumgüter auf illegalen Wegen nach Kolumbien gelangten (Lander 2014; Pabón León et al. 2016). Diese Ausmaße blieben der venezolanischen Regierung selbstverständlich nicht verborgen. Im Gegenteil: Oftmals waren staatliche Stellen entscheidend involviert. Die zunehmende wirtschaftliche Regulierung eröffnete so neue Mechanismen der – in Venezuela altbekannten – Verteilung der Renteneinnahmen nach politischen und sozialen Kriterien.<sup>10</sup> Selbst Verstaatlichungen waren oft nicht das sozialistische Schreckgespenst, als das sie gemeinhin hingestellt werden. Häufig wurden die Unternehmen vom Staat mit hohen Summen kompensiert oder der Staat übernahm technologisch obsolete sowie wenig produktive und unrentable Betriebe (Álvarez 2013: 285). Dies soll keineswegs bestreiten, dass einige Unternehmer ihre vormaligen wirtschaftlichen Privilegien verloren. Dies



<b>Branche</b>	<b>Unternehmen</b>	<b>Devisenzuteilung 2004–2012 (in USD), gerundet</b>
Luftverkehr	American Airlines	1.863.000.000
Luftverkehr	Air France	743.000.000
Luftverkehr	Iberia	592.000.000
Luftverkehr	Deutsche Lufthansa	428.000.000
Luftverkehr	Alitalia	313.000.000
Automobil	General Motors Venezuela	5.910.000.000
Automobil	Toyota de Venezuela	2.959.000.000
Automobil	Ford Motor de Venezuela	2.622.000.000
Automobil	Chrysler de Venezuela	1.974.000.000
Automobil	MMC Automotriz	1.664.000.000
Pharma	Procter & Gamble Venezuela	1.466.000.000
Pharma	Abbott Laboratories	1.391.000.000
Pharma	Productos Roche	1.375.000.000
Pharma	Merck	1.357.000.000
Pharma	Novartis de Venezuela	1.021.000.000
Pharma	Bayer	923.000.000

Tabelle 1: Staatliche Zuweisung von Devisen an ausgewählte Unternehmen zwischen 2004 und 2012 in US-Dollar

*Quelle: Eigene Zusammenstellung auf Grundlage von CADIVI (2013)*

folgte jedoch vor allem politischen Kriterien und hatte keinen grundsätzlichen Kurswechsel zur Konsequenz.

Besondere Aufmerksamkeit hat die Bolivarianische Revolution stets durch ihr soziales Gesicht erhalten. Tatsächlich wurden insbesondere während der Boomphase beachtliche soziale Entwicklungserfolge erzielt.

Die Armutszahlen wurden drastisch reduziert, und auch die Einkommensungleichheit gemessen am Gini-Koeffizienten ging zurück (España 2015).<sup>11</sup> Grundlage der sozialpolitischen Erfolge war die Modifizierung der Verteilung der Renteneinnahmen aus dem Erdölexport, die einen substantziellen Anteil an die arme Bevölkerung weiterleitete. Dies umfasste die Subventionierung von Grundnahrungsmitteln, des Transports und der Projekte der kommunalen Wirtschaft, einen beachtlichen Kaufkraftgewinn durch die überbewertete Währung, eine expansive Sozialpolitik mittels der sogenannten *Misiones Sociales*<sup>12</sup> sowie die deutliche Ausweitung der öffentlichen Beschäftigung (Peters 2019: 339ff). Im Kontext einer Phase relativer wirtschaftlicher Prosperität ermöglichte dies gerade für die historisch benachteiligten Bevölkerungsgruppen spürbare Verbesserungen ihrer Lebensbedingungen (Carosio 2015). Gleichzeitig profitierten auch die Mittel- und Oberschicht von den verschiedenen Mechanismen der Rentenverteilung. Zudem wurden historisch tradierte Privilegien der Mittel- und Oberschicht wie die massive Unterbesteuerung nicht angetastet. Hinzu kamen alte und neue Möglichkeiten zur legalen und illegalen Bereicherung durch gute Kontakte zur Regierung (Sutherland 2016). Auf diese Weise entstand während der Bolivarianischen Revolution mit der *Boliburguesía* eine neue Schicht von der Regierung nahestehenden Unternehmer\_innen, Militärs und Angehörigen der Staatsklasse. Die Bolivarianische Revolution blieb somit deutlich moderater als der oft radikale Diskurs suggeriert. Sie verharrte bei einer Veränderung des Distributivmodus der Renteneinnahmen und verzichtete auf eine entschlossene Redistribution des gesellschaftlichen Reichtums. Die Rentenverteilung ermöglichte im Boom beachtliche soziale Entwicklungserfolge, ohne die Privilegien der Mittel- und Oberschicht ernsthaft anzutasten. Dies soll die politische Richtungsveränderung durch den Chavismus relativieren, aber nicht negieren. Tatsächlich erklärt sich der Erfolg des Chavismus und die fortwährende Unterstützung einer relevanten Minderheit der venezolanischen Bevölkerung für die Regierung von Maduro in der Krise auch und insbesondere aus dem Umstand, dass die Bolivarianische Revolution die sozial benachteiligten Bevölkerungsgruppen teilweise erstmals in das Verteilungsarrangement der Renteneinnahmen eingebunden und ihnen zudem neben Brot auch eine Stimme gegeben hat (Strønen 2017; Peters 2019).

Rentengesellschaftliche Strukturen wurden dabei jedoch nicht aufgebrochen. Die Unterstützung der Bevölkerung für das chavistische Projekt fußte letztlich auch darauf, dass der venezolanische Sozialismus die Konsumneigung der Bevölkerung mit der Entscheidung für die Subventionierung des Imports von verbilligten Konsumgütern bediente, was für viele – teilweise erstmals – eine prekäre Einlösung des Konsumversprechens bedeutete (Carosio 2015). Vor allem wurde jedoch den quasinaturalisierten Ansprüchen der alten und neuen Mittel- und Oberschichten durch den Zugang zu verbilligten Dollar für Auslandsreisen und den fortwährenden Verzicht auf eine ernsthafte direkte Besteuerung Rechnung getragen. Dies wurde ergänzt durch die Bedienung historisch tradierter Ansprüche auf einen Teil der Rohstoffeinnahmen seitens breiter Teile der Bevölkerung, indem Treibstoff und Energie weiterhin massiv subventioniert blieben. Benzin wurde praktisch kostenfrei an die Verbraucher abgegeben. Dies hat tiefe Löcher in den Staatshaushalt gerissen, den Individualverkehr sowie einen verschwenderischen Kraftstoffverbrauch begünstigt, wirkte verteilungspolitisch regressiv und förderte den großangelegten Treibstoffschmuggel (Lander 2014; Rodríguez Sosa 2015). Dass die Regierung dennoch an dem niedrigsten Benzinpreis der Welt festhält, war einerseits der Notwendigkeit der Einbindung der in den Schmuggel verstrickten Militärs geschuldet. Andererseits war die Aufrechterhaltung der Treibstoffsubventionen eine direkte Folge des Wissens um die symbolische Bedeutung der faktisch kostenlosen Benzinabgabe für die Bevölkerung.<sup>13</sup> Es handelt sich um einen im Alltag für alle sichtbaren Mechanismus der Rentenverteilung, der bei jedem Weg zur Tankstelle und bei jeder Busfahrt deutlich macht, dass einige Tropfen des Erdölreichtums des Landes bei der Bevölkerung ankommen. Externen Beobachter\_innen mögen solche und weitere Facetten der staatlichen Verteilung der Renteneinnahmen als hochgradig absurd und irrational erscheinen. In Venezuela werden sie hingegen als ein quasinaturalisiertes Recht auf persönliche Teilhabe am Erdölreichtum des Landes angesehen, die im Zweifel auch aktiv verteidigt bzw. eingeklagt werden oder im Falle der Verweigerung mit politischem Liebesentzug quittiert werden.

Mit der Krise der Erdölwirtschaft geriet das bis dahin erfolgreiche Verteilungsarrangement der Bolivarianischen Revolution aus den Fugen.

Ab 2013 stagnierte die wirtschaftliche und soziale Entwicklung zunächst, ehe das Land im Zuge des Einbruchs der Erdölpreise auf dem Weltmarkt sowie später des deutlichen Rückgangs des Fördervolumens die schwerste Wirtschaftskrise seiner Geschichte sowie einen Prozess der massiven Verarmung erlebte. In diesem Kontext wurden vormalige soziale Entwicklungserfolge längst kassiert, sodass die soziale Situation im Land angesichts des Mangels an bezahlbaren Grundnahrungsmitteln, Konsumgütern und Medikamenten heute nur als katastrophal charakterisiert werden kann. In der aktuellen Krise kann auch die Benzinversorgung schon lange nicht mehr sichergestellt werden (van Roekel/de Theije 2020). Im Kontext der Corona-Krise sind eine weitere Zuspitzung der sozialen Situation sowie eine humanitäre Katastrophe zu befürchten.

Die heftige Krise ist das Ergebnis der Grenzen des rentengesellschaftlichen Entwicklungsmodells: Die vormalig prallgefüllten Staatskassen trockneten schnell aus, während geringe Rücklagen und der Mangel an alternativen wirtschaftlichen Standbeinen einer Abfederung des Abschwungs entgegenstehen. Trotz der tiefen Krise gibt es weiterhin Gewinner\_innen des Modells. Diese verorten sich einerseits in den Zirkeln der Macht einschließlich des Militärs sowie andererseits innerhalb der verbleibenden traditionellen Elite. Zudem verläuft die Linie zwischen Gewinner\_innen und Verlierer\_innen zunehmend entlang der Grenze der Möglichkeit zum Bezug von Devisen.

Eine rentengesellschaftliche Analyse Venezuelas ermöglicht auch neue Einsichten in den politischen Machtkampf im Land. Angesichts der hartnäckigen rentengesellschaftlichen Logiken dreht sich dieser vor allem darum, wer über die Namen und Gesichter der Gewinner\_innen bei der Rentenverteilung entscheiden kann. Die Opposition um Guaidó zielt dabei auf die erneute Veränderung des Modus der Aneignung der Renteneinnahmen und möchte privaten Akteuren – vornehmlich aus dem westlichen Ausland – Priorität einräumen. Demgegenüber findet unter der Regierung von Maduro eine schleichende Neoliberalisierung statt. Gleichzeitig versucht die Regierung den Bergbau im sogenannten Minenbogen (*Arco Minero*) auszubauen sowie sich über eine Militarisierung der Region den Zugriff auf die Bergbaurenten zu sichern (Rosales 2019; Lander 2020). Sowohl die Regierung von Maduro als auch die venezolanische Opposition

eint dabei die prinzipielle Ausrichtung auf die Fortsetzung des extraktivistischen und rentistischen Entwicklungsmodells. Dabei können sie sich der Unterstützung breiter Teile der Bevölkerung sicher sein. Eine grundsätzliche Infragestellung des Entwicklungsmodells wird aktuell jenseits kleinerer Gruppen von Intellektuellen (Lander 2020) in der venezolanischen Gesellschaft kaum ernsthaft diskutiert. Doch dieses Modell ist deutlich an die Grenzen geraten. Weil die staatlichen Renteneinnahmen aus dem Rohstoffexport weitgehend weggebrochen sind, rekurrieren viele Venezolaner\_innen in der alltäglichen Praxis auf *remittances* von Familienangehörigen zur Abfederung der sozialen Krise, die jedoch im Zuge der Corona-Krise ebenfalls deutlich zurückgehen. Gleichzeitig kehren viele Migrant\_innen angesichts der Krise aus den verschiedenen Ländern der Region nach Venezuela zurück (La Opinión 2020; Riaño 2020).

#### 4. Schlussfolgerungen

Venezuela ist ein Musterbeispiel einer erdölbasierten Rentengesellschaft. Zwar fallen die Pro-Kopf-Renteneinnahmen gerade im Vergleich zu extremen Rentiers wie Kuwait oder Qatar sowie anderen Staaten der arabischen Halbinsel vergleichsweise gering aus (Herb 2014). Dennoch werden Wirtschaft, Gesellschaft und Politik seit etwa 100 Jahren maßgeblich von der einseitigen Abhängigkeit der Staatseinnahmen aus der Extraktion und dem Export von Erdöl geprägt. Gleichwohl erscheinen Debatten zur *resource curse vs. resource blessing* als wenig passgenau für die Analyse des Landes. Schließlich sind sowohl die entwicklungspolitischen Erfolge als auch die Krisen jeweils Konsequenz des erdölbasierten rentengesellschaftlichen Entwicklungsmodells. Statt weiterhin normativ aufgeladene Diskussionen über die Vor- und Nachteile des rohstoffbasierten Entwicklungsmodells zu führen, scheint es sinnvoller, die wissenschaftliche Aufmerksamkeit auf ein besseres Verständnis der Partikularitäten rentengesellschaftlicher Entwicklungen zu richten. Venezuela ist hierfür ein vielversprechendes Fallbeispiel, weil es – trotz tiefgreifender politischer Umbrüche durch die Bolivarianische Revolution – im diachronen Vergleich eine Reihe von Kontinuitäten aufweist, die als rentengesellschaft-

liche Tiefenströmungen charakterisiert werden können. Mehr noch: Die Vorschläge und Praktiken zur Bearbeitung der Krise lassen vermuten, dass der Rentismus Venezuela auch in Zukunft maßgeblich prägen wird – ein weiterer Grund für die Relevanz von Ansätzen zum besseren Verständnis rentengesellschaftlicher Strukturen.

Der vorliegende Artikel plädiert in dieser Hinsicht für eine dreifache Verschiebung des Analysefokus. *Erstens* mangelt es vielen Ansätzen zur Erforschung von Rentenökonomien an der analytischen Passgenauigkeit. Der verbreitete Fokus auf Maßstäbe ökonomischer Effizienz ist fehlerhaft für die Analyse von Gesellschaften, die diesen dank des kontinuierlichen Zuflusses von Renteneinnahmen eine sekundäre Rolle zuweisen können. Es geht also darum, die rentengesellschaftlichen Besonderheiten zunächst genauer zu verstehen. *Zweitens* gilt es, die Aufmerksamkeit auf die Modi und die sozioökonomischen Konsequenzen der staatlichen Rentenverteilung zu lenken und auf diese Weise die Frage nach den Gewinner\_innen und Verlierer\_innen des rentenbasierten Entwicklungsmodells zu stellen. *Drittens* konnte die Bedeutung der gesellschaftlichen Durchdringung der Renteneinnahmen und deren Beharrungskräfte herausgearbeitet werden. Letztere gilt es in der Zukunft noch weiter empirisch zu unterfüttern sowie um politökologische Forschungsansätze zu ergänzen, um auf diese Weise zu weiterführenden Erkenntnissen über das Innenleben von Rentengesellschaften zu gelangen.

- 1 In diesem Artikel wird – wie im gesamten Schwerpunktheft – der Begriff der Bolivarianischen Revolution verwendet. In anderen Publikationen ziehe ich die Bezeichnung Bolivarische Revolution vor. Auch von offizieller Seite wird etwa seitens der venezolanischen Botschaft die Bezeichnung República Bolivariana de Venezuela als Bolivarische Republik Venezuela übersetzt.
- 2 Dies gilt selbst in der aktuellen humanitären Krise (van Roekel/de Theije 2020).
- 3 Im Gegensatz zur *rent-seeking*-Literatur liegt diesen Überlegungen kein Subjektverständnis eines eigennutzenmaximierenden Individuums zugrunde. Im Gegenteil: Die rentengesellschaftlichen Strukturen haben sich als Tiefenströmungen in die Gesellschaft eingeschrieben und müssen als habituelle Prägungen verstanden werden.
- 4 Statistische Daten stehen in Venezuela nicht vollkommen zu unrecht unter einem Generalverdacht und sollten deshalb nicht als detailgetreue Abbildung der

- Realität verstanden werden. Dies soll jedoch reale Verbesserungen nicht negieren. Seit 2015 werden von der Regierung kaum noch offizielle Statistiken publiziert.
- 5 Der ehemalige Industrieminister Víctor Álvarez bestätigte in einem Interview diese wirtschaftspolitische Zielsetzung: „Das Ziel bestand immer darin, die Entwicklung der Industrie und der Landwirtschaft zu fördern. Allerdings haben die verschiedenen wirtschaftspolitischen und auch sektorenspezifischen Politiken [...] große Widersprüche verursacht, die diesem Ziel entgegenstanden“ (Interview mit Víctor Álvarez am 9.12.2015 in Caracas).
  - 6 Das Erklärungsmodell der Holländischen Krankheit mit seinem neoklassischen Fokus auf das freie Spiel der Marktkräfte ist also gerade nicht passend für die Erklärung der gescheiterten Diversifizierungsstrategie des Chavismus.
  - 7 Die Regulierung des Devisenmarktes und die künstliche Überbewertung haben bald zur Entstehung eines blühenden Schwarzmarktes geführt, auf dem die Dollar- und Eurokurse deutlich über dem regulierten, offiziellen Austauschverhältnis liegen.
  - 8 An der Spitze eines breiten öffentlichen Sektors stehend, umfasst die Staatsklasse laut der klassischen Definition von Hartmut Elsenhans „alle im öffentlichen Sektor (Verwaltung und Staatsbetriebe) Beschäftigten, die gegenüber dem Durchschnitt der Arbeitskräfte über höhere Einkommen, höhere Partizipationsmöglichkeiten und höheres Prestige verfügen [sowie] kraft Amtes an der Aneignung von Mehrprodukt als Einkommen des Apparats, an der Verteilung von solchem Mehrprodukt auf Konsum und Investitionen, an der Lenkung von Investitionsentscheidungen und an der Lenkung von Arbeit teil[nehmen] bzw. andere leitende Aufgaben im Staatsapparat, den staatlichen Betrieben und den in den Staat integrierten politischen und gesellschaftlichen Organisationen wahr[nehmen]“ (Elsenhans 1981: 121f).
  - 9 Interview mit Vertretung einer internationalen Wirtschaftsorganisation, 13.11.2015 in Caracas.
  - 10 Im Zuge der Krise und der sinkenden Importkapazität hat die Knappheit zudem zu einem blühenden Schwarzmarkthandel geführt, der ebenfalls von der Regierung toleriert und oft von staatlichen Sicherheitskräften kontrolliert wurde.
  - 11 Demgegenüber ist der Anteil der Lohnsumme am Volkseinkommen im Chavismus nach Berechnungen von Sutherland (2016: 42f) spürbar zurückgegangen.
  - 12 Die sogenannten *Misiones Sociales* wurden von der Regierung Chávez im Jahr 2003 als soziale Notfallprogramme gegründet, die als Parallelinstitutionen zur staatlichen Sozialpolitik schnelle Verbesserungen für benachteiligte Bevölkerungsgruppen ermöglichen und – in unterschiedlicher Form – mit Ermächtigungsprozessen verbinden sollten (Azzellini 2010).
  - 13 Interview mit Víctor Álvarez am 9.12.2015 in Caracas.

## Literatur

- Álvarez, Víctor (2013): La transición al socialismo de la Revolución Bolivariana: Transiciones logradas y transiciones pendientes. In: Lander, Edgardo (Hg.): Promesas en su laberinto: Cambios y continuidades en los gobiernos progresistas de América Latina. La Paz: IEE, 221-315.
- Andreucci, Diego et al. (2017): „Value Grabbing“: A Political Ecology of Rent. In: *Capitalism Nature Socialism* 28 (3), 28-47. <https://doi.org/10.1080/1045752.2017.1378027>
- Azzellini, Dario (2010): Partizipation, Arbeiterkontrolle und die Commune: Bewegungen und soziale Transformation am Beispiel Venezuelas. Hamburg: VSA.
- Banco Central de Venezuela (2020): Producto Interno Bruto. <http://www.bcv.org.ve/estadisticas/producto-interno-bruto>, 10.4.2020.
- Baptista, Asdrúbal/Mommer, Bernard (1987): El petróleo en el pensamiento económico venezolano: un ensayo. Caracas: IESA.
- Bautista Urbaneja, Diego (2013): La renta y el reclamo. Caracas: Editorial Alfa.
- Beblawi, Hazeem/Luciani, Giacomo (1987): The Rentier State. London: Croon Helm.
- BMZ (2010): Entwicklungsfaktor extraktive Rohstoffe: Ein Positionspapier des BMZ. BMZ Spezial 166. Berlin: BMZ.
- Boeckh, Andreas (1988): Die Schuldenkrise und die Krise des bürokratischen Entwicklungsstaates in Venezuela. In: *Politische Vierteljahresschrift* 29 (4), 636-655.
- Briceño-León, Roberto (1990): Los efectos perversos del petróleo. Caracas: Capriles.
- Buxton, Julia (2019): Continuity and Change in Venezuela's Bolivarian Revolution. In: *Third World Quarterly*. Online First: <https://doi.org/10.1080/01436597.2019.1653179>, 10.4.2020.
- CADIVI (2013): Total divisas aprobadas por empresas: Período 2004 al 31 de diciembre de 2012. Caracas: CADIVI.
- Carosio, Alba (2015): Mirando el consumo en la transición/transformación hacia el socialismo del Siglo XXI. In: López Caldera, Anais (Hg.): Transición, transformación y rupturas en la Venezuela bolivariana. Caracas: Fundación Rosa Luxemburgo, 209-245.
- CENCOEX (2014): Importaciones totales. Distribución por empresas: Período de referencia 01/01/2014 al 05/09/2014. Caracas: CENCOEX.
- Chossudovsky, Michel (1977): La miseria en Venezuela. Valencia: Vadell Hermanos.
- Coronil, Fernando (1997): The Magical State: Nature, Money and Modernity in Venezuela. Chicago: University of Chicago Press.
- Coronil, Fernando (2008): It's the Oil Stupid! In: *ReVista*. Harvard Review of Latin America. Fall 2008.
- Dachevsky, Fernando/Kornblith, Juan (2017): The Reproduction and Crisis of Capitalism in Venezuela under Chavismo. In: *Latin American Perspectives* 44 (1), 78-93. <https://doi.org/10.1177/0094582X16673633>



- Ellner, Steve/Tinker Salas, Miguel (2007): Hugo Chávez and the Decline of an ‚Exceptional Democracy‘. Lanham: Rowman & Littlefield.
- Elsenhans, Hartmut (1981): *Abhängiger Kapitalismus oder bürokratische Entwicklungsgesellschaft: Versuch über den Staat in der Dritten Welt*. Frankfurt am Main: Campus.
- España, Luis Pedro (2015): *Desiguales entre iguales: Radiografía social de la Venezuela actual*. Caracas: El Nacional.
- España, Luis Pedro/Manzano, Osmel (2003): *Venezuela y su petróleo: El destino de la renta*. Caracas: Fundación Centro Gumilla.
- Giordani, Jorge (2014): Testimonio y responsabilidad ante la historia. In: *Aporrea*, 18.6.2014.
- Giuseppe Ávalo, Andrés Ramón (2014): *Visión petrolera de Hugo Chávez Frías: Teoría socialista sobre la política petrolera venezolana*. Caracas: Metrópolis.
- González, Cris/Borón, Atilio (2019): Si Venezuela es doblegada, el efecto domino será difícil de parar. <https://www.lahaine.org/mundo.php/si-venezuela-es-doblegada-el>, 10.4.2020.
- Gutiérrez, Alejandro (2015): El sistema alimentario venezolano (SAV): Evolución reciente, balance y perspectivas. In: *Agroalimentaria* 21 (40), 19-62.
- Haber, Stephen/Menaldo, Víctor (2011): Do Natural Resources Fuel Authoritarianism? A Reappraisal of the Resource Curse. In: *American Political Science Review* 105 (1), 1-26. <https://doi.org/10.1017/S0003055410000584>
- Hafez, Ziad (2009): The Culture of Rent, Factionalism, and Corruption: A Political Economy of Rent in the Arab World. In: *Contemporary Arab Affairs* 2 (3), 458-480. <https://doi.org/10.1080/17550910903034989>
- Harvey, David (2010): *The Enigma of Capital and the Crises of Capitalism*. London: Profile Books.
- Havranek, Tomás/Horvath, Roman/Zeynalov, Ayaz (2016): Natural Resources and Economic Growth: A Meta-Analysis. In: *World Development* 88, 134-151. <https://doi.org/10.1016/j.worlddev.2016.07.016>
- Herb, Michael (2014): *The Wages of Oil: Parliaments and Economic Development in Kuwait and UAE*. Ithaca: Cornell University Press. <https://doi.org/10.7591/cornell/9780801453366.001.0001>
- Hertog, Steffen (2020): The ‚rentier mentality‘, 30 years on: evidence from survey data. In: *British Journal of Middle Eastern Studies*. Online First: <https://doi.org/10.1080/13530194.2020.1714870>, 10.4.2020.
- Hidalgo, Juan Carlos (2019): ¿El socialismo o la gestión económica deficiente? ¿Cuál tiene la culpa de la crisis en Venezuela? <https://www.elcato.org/el-socialismo-o-la-gestion-economica-deficiente-quien-tiene-la-culpa-de-la-crisis-en-venezuela>, 10.4.2020.
- International Organization of Migration (2019): *Crisis de Refugiados y Migrantes Venezolanos*. <https://www.iom.int/es/crisis-de-refugiados-y-migrantes-venezolanos>, 30.4.2020.

- Karl, Terry Lynn (1997): *The Paradox of Plenty: Oil Booms and Petro-States*. Berkeley: University of California Press.
- La Opinión (2020): El flujo de remesas pierde fuerza por coronavirus. In: *La Opinión*, 12.4.2020.
- Lander, Edgardo (2020): *Crisis civilizatoria: Experiencias de los gobiernos progresistas y debates en la izquierda latinoamericana*. Bielefeld: CALAS. <https://doi.org/10.14361/9783839448892>
- Lander, Edgardo (2014): *Venezuela: Terminal Crisis of the Rentier Petro-State Model?* <https://www.tni.org/en/publication/venezuela-terminal-crisis-of-the-rentier-petro-state>, 2.9.2017.
- Leguizamó, Danny (2015): En la lista de Cencoex, la mejor tajada se lleva un empresario que no disimula su admiración por el régimen. <https://konzapata.com/2015/02/en-la-lista-de-cencoex-la-mejor-tajada-se-la-lleva-un-empresario-que-no-disimula-su-admiracion-por-el-regimen>, 30.4.2020.
- Menaldo, Victor (2016): *The Institution Curse: Natural Resources, Politics, and Development*. Cambridge: Cambridge University Press. <https://doi.org/10.1017/CBO9781316481530>
- Nagel, Juan Cristóbal (2014): *Venezuela's Government versus the World's Airlines*. In: *Foreign Policy*, <https://foreignpolicy.com/2014/01/23/venezuelas-government-versus-the-worlds-airlines/>, 10.4.2020.
- Pabón León, Jhon Anthuny/Bastos Osorio, Liliana Marcela/Mogrovejo Andrade, Johanna Milena (2016): El diferencial cambiario en la frontera norte de Santander, Colombia y Venezuela. ¿La economía o la política? In: *Tendencias* 17 (2), 136-165. <https://doi.org/10.22267/rtend.161702.8>
- Peters, Stefan (2019): *Rentengesellschaften: Der lateinamerikanische (Neo-)Extraktivismus im transregionalen Vergleich*. Baden-Baden: Nomos. <https://doi.org/10.5771/9783845295282>
- Purcell, Thomas F. (2017): *The Political Economy of Rentier Capitalism and the Limits of Agrarian Transformation in Venezuela*. In: *Journal of Agrarian Change* 17 (2), 296-312. <https://doi.org/10.1111/joac.12204>
- Quintero, Rodolfo (2014): *Antropología del petróleo*. Caracas: BCV.
- Rangel, Domingo Alberto (1977): *Opulencia y Pobreza: La faja del Orínoco, el petróleo y la agricultura*. Valencia: Vadell Hermanos.
- Riaño, Julieth (2020): Miles de venezolanos retornan a casa ante la crudeza de la pandemia. In: *France 24*, <https://www.france24.com/es/20200416-migrantes-retorno-venezolanos-covid19-pandemia-crisis>, 30.4.2020.
- Rodríguez Sosa, Pedro Luis (2015): De subsidiados a propietarios: replanteando el subsidio a la gasolina. In: Balza Gaunipa, Ronald (Hg.): *Venezuela 2015: Economía, Política y Sociedad*. Caracas: Konrad-Adenauer-Stiftung, 219-231.
- Rosales, Antulio (2019): *Statization and denationalization dynamics in Venezuela's artisanal and small scale-large scale mining interface*. In: *Resources Policy*, 63. Online First: <https://doi.org/10.1016/j.resourpol.2019.101422>, 10.4.2020.

- Ross, Michael L. (2012): *The Oil Curse: How Petroleum Wealth Shapes the Development of Nations*. Princeton: Princeton University Press. <https://doi.org/10.1515/9781400841929>
- Sonntag, Heinz/de la Cruz, Rafael (1981): *Estado e industrialización en Venezuela*. In: *Revista Mexicana de Sociología* 43 (2), 905-939. <https://doi.org/10.2307/3539929>
- Sørensen, Aage B. (1996): *The Structural Basis of Inequality*. In: *American Journal of Sociology* 101 (5), 1333-1365. <https://doi.org/10.1086/230825>
- Strønen, Iselin Åsedotter (2017): *Grassroots Politics and Oil Culture in Venezuela: The Revolutionary Petro-State*. Cham: Springer. <https://doi.org/10.1007/978-3-319-59507-8>
- Sutherland, Manuel (2020): *Perspectivas económicas para el 2020: análisis, alternativas y oportunidades*. <https://rebellion.org/perspectivas-economicas-para-el-2020-analisis-alternativas-y-opportunidades/>, 30.4.2020.
- Sutherland, Manuel (2016): *Crítica de la política económica del ,socialismo del siglo XXI': apropiación privada de la renta petrolera, política de importaciones y fuga de capitales*. In: *Estudios Latinoamericanos* 38, 39-63. <https://doi.org/10.22201/cela.24484946e.2016.38.57456>
- Tinker Salas, Miguel (2015): *Venezuela: What everyone needs to know*. Oxford: Oxford University Press.
- Van Roekel, Eva/de Theije, Marjo (2020): *Hunger in the land of plenty: The complex humanitarian crisis in Venezuela*. In: *Anthropology Today*, 36 (2), 8-12. <https://doi.org/10.1111/1467-8322.12561>
- Vera, Leonardo (2015): *Venezuela 1999-2014: Macro-Policy, Oil Governance and Economic Performance*. In: *Comparative Economic Studies* 57, 539-568. <https://doi.org/10.1057/ces.2015.13>
- Vergara-Camus, Leandro/Kay, Cristobal (2017): *Agribusiness, Peasants, Left-Wing Governments, and the State in Latin America: An Overview and Theoretical Reflections*. In: *Journal of Agrarian Change* 17, 239-257. <https://doi.org/10.1111/joac.12215>
- Welzer, Harald (2011): *Mentale Infrastrukturen: Wie das Wachstum in die Welt und in die Seelen kam*. Berlin: Heinrich-Böll-Stiftung.
- Yates, Douglas (1996): *The Rentier State in Africa: Oil rent dependency and neocolonialism in the Republic of Gabon*. Trenton: Africa World Press.
- Zelik, Raul (2011): *Neue Entwicklungskonzepte oder alter Staatszentrismus? ,Endogene Entwicklung' und der ,Sozialismus des 21. Jahrhunderts'*. In: Boeckh, Andreas/Welsch, Friedrich/Werz, Nikolaus (Hg.): *Venezuela heute: Politik – Wirtschaft – Kultur*. Frankfurt am Main: Vervuert, 451-476.

*ABSTRACT The Bolivarian Revolution failed and the country passes through the most severe crisis in its history. The article discusses current approaches to natural resources and development from development economics and advocates for a redirection of research. It presents an approach to investigate rentier societies and analyses both the creation of rentier structures in Venezuela and its continuities during the Bolivarian transformation process. The article argues that the current crisis in Venezuela should be understood as a result of the continuing rentierism in the country.*

Stefan Peters

Fachbereich Rechtswissenschaft, Justus-Liebig-Universität Gießen  
stefan.peters@recht.uni-giessen.de